

18. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

des Abgeordneten **Georg P. Kössler (GRÜNE)**

vom 09. Dezember 2019 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 11. Dezember 2019)

zum Thema:

Klimaschutz: CO2-Emissionen in Berlin

und **Antwort** vom 19. Dez. 2019 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 23. Dez. 2019)

Herrn Abgeordneten Georg Kössler (Bündnis 90/Die Grünen)
über
den Präsidenten des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei - G Sen -

A n t w o r t
auf die Schriftliche Anfrage Nr. 18/21891
vom 09.12.2019
über Klimaschutz: CO₂-Emissionen in Berlin

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

Vorbemerkung des Abgeordneten:

Berlin hat sich den Pariser Klimazielen verpflichtet und will spätestens 2050 klimaneutral sein. Auf diesem Weg sind nun möglichst rasche CO₂-Reduktionen notwendig.

Frage 1:

Wie haben sich die Emissionen des Landes Berlin in den Jahren 2010-2018 entwickelt? Bitte aufschlüsseln nach den einzelnen Sektoren sowie je nach Quellbilanz und Verursacherbilanz.

Antwort zu 1:

Zu den CO₂-Emissionen im Land Berlin liegen aus den jährlichen Energie- und CO₂-Bilanzen des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg Daten für die Jahre 2010-2017 vor. Emissionsdaten für 2018 sind aktuell noch nicht verfügbar. Die CO₂-Gesamtemissionen in Berlin nach der Verursacherbilanz haben sich seit 2010 wie folgt entwickelt:

Jahr	Emissionen in 1.000 t CO₂	Veränderung zu 1990
2010	22.417	-23,3 %
2011	20.648	-29,3 %
2012	20.848	-28,6 %
2013	21.396	-26,8 %
2014	20.134	-31,1 %
2015	19.479	-33,3 %
2016	20.053	-31,4 %
2017	19.116	-34,6 %

Die Aufteilung der Emissionen nach Emittentensektoren in Mio. Tonnen CO₂ stellt sich in der Verursacherbilanz wie folgt dar:

Jahr	Gewinnung von Steinen und Erden, sonst. Bergbau & Verarbeitendes Gewerbe	Verkehr	Haushalte, Gewerbe, Handel & Dienstleistungen und übrige Verbraucher
2010	1.728	4.874	15.815
2011	1.800	4.902	13.945
2012	1.668	4.954	14.226
2013	1.536	5.130	14.731
2014	1.360	5.542	13.232
2015	1.326	5.346	12.807
2016	1.250	5.512	13.290
2017	1.169	5.607	12.340

Die CO₂-Gesamtemissionen in Berlin nach der Quellenbilanz haben sich seit 2010 wie folgt entwickelt:

Jahr	Emissionen in 1.000 t CO₂	Veränderung zu 1990
2010	19.695	-26,5 %
2011	17.290	-35,4 %
2012	17.437	-34,9 %
2013	18.162	-32,2 %
2014	17.191	-35,8 %
2015	16.540	-38,2 %
2016	16.932	-36,8 %
2017	16.661	-37,8 %

Die Aufteilung der Emissionen nach Emittentensektoren (in Mio. Tonnen CO₂) stellt sich in der Quellenbilanz wie folgt dar:

Jahr	Umwandlungs- sektor	Gewinnung von Steinen und Erden, sonst. Bergbau & Verarbeitendes Gewerbe	Verkehr	Haushalte, Gewerbe, Handel & Dienstleistungen und übrige Verbraucher
2010	8.456	558	4.395	6.286
2011	7.408	557	4.397	4.928
2012	7.458	511	4.439	5.029
2013	7.515	452	4.651	5.544
2014	7.236	299	5.055	4.601
2015	7.082	306	4.844	4.308
2016	7.141	270	5.007	4.514
2017	6.854	274	5.093	4.440

Frage 2:

Rechnet der Senat vor dem Hintergrund dieser Entwicklung damit, dass das Land Berlin das Klimaziel von -40% bis 2020 einhalten wird?

Antwort zu 2:

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt kann auf Grundlage der vorliegenden Daten nicht belastbar prognostiziert werden, ob Berlin durch die verstärkten Anstrengungen des Senats in der laufenden Legislaturperiode das gesetzliche 40 Prozent-Minderungsziel für 2020 erreichen wird. Wesentliche Impulse für den Klimaschutz in Berlin, wie das 2018 beschlossene Berliner Energie- und Klimaschutzprogramm 2030, die Neuausrichtung der Berliner Verkehrspolitik durch das Berliner Mobilitätsgesetz von 2018 oder die im Herbst 2019 eingeleitete Stilllegung des Kraftwerksblocks Reuter C im Zuge des Kohleausstiegs, konnten in den vorliegenden Daten zu den Emissionen im Jahr 2017 naturgemäß noch keinen Niederschlag finden.

Frage 3:

Teilt der Senat die Einschätzung, dass es angesichts des verbleibenden CO₂-Budgets wichtig ist, möglichst früh mit hohen CO₂-Reduktionen zu beginnen? Wenn ja, welche Sofortmaßnahmen ergreift der Senat?

Antwort zu 3:

Der Senat teilt diese Einschätzung. Deshalb hat er den Kohleausstieg eingeleitet, mit dem Mobilitätsgesetz die Weichen für eine klimafreundliche Verkehrspolitik gestellt und im Berliner Energie- und Klimaschutzprogramm 2030 (BEK 2030) rund 100 Maßnahmen des Klimaschutzes und der Klimaanpassung beschlossen, über deren Umsetzung der Senat dem Abgeordnetenhaus regelmäßig berichtet.

In seiner Sitzung vom 10. Dezember 2019 hat der Senat überdies beschlossen, in Anerkennung der Klimanotlage die Aktivitäten für Klimaschutz, Energiewende und Klimaanpassung auf Landesebene weiter zu verstärken, das Berliner Energiewendegesetz zu novellieren und das BEK 2030 zu überarbeiten. Über zusätzliche Klimaschutzmaßnahmen, die sich daraus ergeben, wird der Senat das Abgeordnetenhaus unterrichten.

Frage 4:

In welchen Sektoren sieht der Senat den größten Handlungsbedarf und welche Maßnahmen ergreift der Senat dort zur Reduktion der Emissionen?

Antwort zu 4:

Den größten klimapolitischen Handlungsbedarf sieht der Senat in den Handlungsfeldern Gebäude und Stadtentwicklung, Energieversorgung und Verkehr. Im Übrigen wird auf die Antwort zu 3 verwiesen.

Frage 5:

Das Erreichen der Klimaschutzziele allein ist nicht ausreichend, um die Paris Klimaschutzziele einzuhalten, da dies maßgeblich vom Reduktionspfad abhängig ist. Der Kohleausstieg ist ein wichtiger Schritt, um die Berliner Emissionen massiv zu senken. Welche Maßnahmen plant der Senat, um vor dem Kohleausstieg die Feuerung der Kohlekraftwerke insbesondere in den Sommermonaten deutlich zu drosseln und somit CO₂ einzusparen?

Antwort zu 5:

Für eine zügige Abschaltung der Steinkohleblöcke an den Kraftwerksstandorten Reuter West und Moabit sowie für die Transformation der Fernwärmeversorgung plant der Senat unter Berücksichtigung der genannten Anforderungen eine enge Abstimmung mit dem Kraftwerksbetreiber Vattenfall Wärme Berlin. Ebenso soll mit den anderen beiden Kraftwerksbetreibern FHW Neukölln AG und BTB Blockheizkraftwerks- Träger- und Betreibergesellschaft mbH Berlin, die in Berlin Steinkohle zur Energieerzeugung einsetzen, Gespräche zum Kohleausstieg geführt werden.

Berlin, den 19.12.2019

In Vertretung

Stefan Tidow
Senatsverwaltung für
Umwelt, Verkehr und Klimaschutz